

Dieser Text wurde in der SoZ, Ausgabe April 2017, veröffentlicht.

Am 12. 3. 2017 wurde in Frankfurt das Bündnis RENTE ZUM LEBEN gegründet. Auf zwei Konferenzen trafen sich Vertreter von lokalen Initiativen und Einzelpersonen aus 12 Städten, um über die Situation der Renten zu beraten. Die Konferenz einigte sich auf 5 grundlegende Forderungen. Das Bündnis will

- eine Rente, die den Lebensstandard im Alter sichert:  
Mindestens 70 Prozent des Nettolohns sind dazu erforderlich.
- eine Standardrente auf der Basis von 40 Versicherungsjahren wie vor 1992!
- eine Mindestrente von 1.000 Euro netto.
- Das Recht mit 60 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen zu können.  
Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit lehnen wir ab.
- Die Einbeziehung aller Erwerbstätigen mit ihren Einkommen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Das ist die Grundlage für die Finanzierung unserer Forderungen. Die Rentenhöhe ist nach oben zu begrenzen. Österreich zeigt, was möglich ist.

Der Zusammenschluss von Sozialaktivisten und Sozialinitiativen zu vereinheitlichtem Handeln in der Rentenfrage ist dringend erforderlich, denn wenn der Sinkflug der Renten nicht gestoppt wird, entwickelt sich Altersarmut in Deutschland zum Massenphänomen. 2015 betrug der durchschnittliche Rentenzahlbetrag nur 842 Euro, 1.006 Euro für Männer und 697 für Frauen.

Wer weniger als den Durchschnittslohn von zur Zeit 18 Euro pro Stunde verdient, wer nicht ununterbrochen Arbeit hat und wer länger in Teilzeit arbeiten muss, hat Mühe, eine Rente zu erzielen, die über der Sozialhilfe (Grundsicherung) liegt. Die folgende Tabelle zeigt, wie lang bei unterdurchschnittlichen Löhnen für eine Nettorente von 1.000 Euro gearbeitet werden müsste.

Stundenlohn	Nettorente nach 40 Arbeitsjahren	Arbeitsjahre für eine Nettorente von 1.000 Euro
8,84 € (Mindestlohn)	543,40 €	73 Jahre
10,00 €	614,54 €	65 Jahre
12,00 €	737,80 €	54 Jahre
15,00 €	922,15 €	43 Jahre

Diese wirklich miserable Situation des Rentensystems in Deutschland ist auf Druck der Arbeitgeber von der Politik systematisch hergestellt worden. In zwei "Reformwellen" 1992 bis 95 und 2001 bis 2005 wurde das an sich ziemlich vernünftige Rentensystem von 1957 so demontiert, dass die Renten von heute mindestens 30 Prozent unterhalb des Niveaus liegen, das sie nach der Rechtsgrundlage vor 1992 haben müssten. Deutschland liegt nun, was das Rentenniveau im Verhältnis zu den Löhnen betrifft, an drittletzter Stelle in Europa.

Die Kapitalisten finden das angemessen. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die von den Konzernen der Metall- und Elektroindustrie finanziert wird, hält die Rente für sicher, fair und gerecht. Es bestehe kein Anlass zur Beunruhigung, denn die Rente stiege ja nominal bis 2030 von 1.372 € auf 1.824 €. Dabei geht die INSM von der Standardrente aus, die ein fiktiver Rentner nach 45 Arbeitsjahren erzielen könnte, wenn er immer den durchschnittlichen Arbeitslohn bekäme.

Die Mehrheit erreicht aber weder die Lebensarbeitszeit von 45 Jahren noch den Durchschnittslohn der Rentenversicherten von 2.947 € brutto. Deswegen ist die Standardrente ein in die Irre führender Ausgangspunkt. Eine realistische Betrachtung muss von der Durchschnittsrente ausgehen. Darüber hinaus hat die lineare Hochrechnung von Zahlen bis 2030 den gleichen zweifelhaften Wert wie die Demografieprognosen. Verschwiegen wird der permanente Druck auf die Löhne, die Inflation und die zunehmende Besteuerung der Renten. Ganz ausgeblendet werden Wirtschafts- und Finanzkrisen.

Die INSM lehnt Rentenerhöhungen ab, weil sie von den Jungen nicht bezahlt werden könnten. Mit der Berufung auf die Demografie versucht sie die arbeitenden Werktätigen gegen die RentnerInnen in Gegensatz zu bringen. Damit vertuscht sie, dass es die Profitinteressen der Unternehmer sind, die sowohl die Kürzung der Löhne als auch die Senkung der Renten bewirken. Es sind vor allem die Versicherungskonzerne, die sich an der Angst vor Armut im Alter bereichern. Die Propaganda der INSM, die in Millionen hoher Auflage verbreitet wird, verfängt durchaus. Zu erwähnen ist, dass die AfD die Stellungnahme der INSM ausdrücklich begrüßte.

Aber die Jungen sind die Rentner von morgen. Bündnisse gegen Altersarmut müssen sich bemühen den Zusammenhalt zwischen jung und alt zu festigen und aufzeigen, dass der Kampf nicht zwischen Generationen stattfinden sollte, sondern zwischen Lohnarbeit und Kapital. Das ist die Grundlinie unseres Bündnisses.

Auch der DGB und die Gewerkschaften haben zum Kampf gegen Altersarmut aufgerufen. Aber ihre Forderungen sind bescheiden. Zuerst wollen sie die Renten auf dem gegenwärtigen Niveau stabilisieren, d. h. auf der Durchschnittsrente von 842 €. Dann soll das Rentenniveau langsam um zwei Punkte steigen. Das hieße von 842 auf ca. 880 €. Weitere Steigerungen müsste man dann gesellschaftlich beraten (mit wem denn?). Die Ausweitung der Entgeltumwandlung als Betriebsrentenkonzept und damit die Begünstigung der Versicherungskonzerne greifen die Gewerkschaften nicht an. Auf dieser Grundlage kann man keinen Kampf führen. Deshalb lehnen die Gewerkschaften eine Massenmobilisierung im Wahljahr ab. Das macht es noch notwendiger, dass Initiativen an der Basis sich zusammenschließen und klare Forderungen aufstellen. Neben unserem gibt es noch andere Ansätze. Im Herbst 2015 hat sich in Ulm die "Initiative gegen Altersarmut" gegründet und im Norddeutschen Raum arbeitet im Rahmen der IG Metall die Initiative "Rentenpolitikwatch". Die Politikansätze sind nicht einheitlich, so dass ein Zusammenschluß nicht möglich war. Aber mit ihnen haben wir im Wahljahr die Parole:

### **Wer Rentner quält, wird nicht gewählt!**

Das Bündnis basiert auf einer Plattform, die die Forderungen des Bündnisses erklärt. Mit Veranstaltungen, Ständen und Aktionen werden wir über das Rentenelend aufklären und unsere Forderungen bekannt machen. Zum 1. Mai wollen wir mit einem gemeinsamen Flugblatt breit auftreten. Für Juni und September planen wir zentrale Aktionstage. Inzwischen haben X Organisationen die Plattform unterzeichnet. Wir werben für weitere Unterstützung. Dem Bündnis beitreten kann, wer die Plattform im Wesentlichen für richtig hält – Einzelperson oder Organisation.